



An die Mitglieder
des Grossen Rates
des Kantons Bern

Bern, im Mai 2023

Sommersession 2023: Empfehlungen der Stiftung Berner Gesundheit

Sehr geehrte Frau Grossrätin, sehr geehrter Herr Grossrat

In der Sommersession behandeln Sie mehrere Geschäfte, die aus Sicht von Gesundheitsförderung, Prävention und Suchthilfe wichtig sind. Gerne teilen wir unsere Überlegungen dazu mit Ihnen:

Motion 264-2022: Schulsozialarbeit im Kanton Bern stärken und die Möglichkeiten des Volksschulgesetzes zur Entlastung der Kinder- und Jugendpsychiatrie besser nutzen!

Die Motionärin fordert, zusätzliche Anreize für Gemeinden zu schaffen, um den Zugang von Schülerinnen und Schülern zur Schulsozialarbeit zu erleichtern. Weiter soll der Beitragssatz pro Schulkind und die maximale Kostenbeteiligung des Kantons erhöht werden.

Als Massnahme der Früherkennung und -intervention im Rahmen der strukturellen Prävention hat sich die Schulsozialarbeit, welche gleichzeitig Lehrpersonen entlastet, bewährt. Ihr Potenzial ist in den Gemeinden als ein freiwilliges, schulergänzendes Angebot noch nicht ausgeschöpft. Psychische Belastungen und Krisen bei Kindern und Jugendlichen können durch eine bedarfsgerechte und präventive Schulsozialarbeit frühzeitig stabilisiert, der Zugang zu passenden Angeboten vereinfacht und Wartefristen überbrückt werden. Dadurch lassen sich negative Entwicklungen und Eskalationen sowie langandauernde und kostenintensive Therapien verhindern oder zumindest verkürzen. Die qualitativ und interdisziplinär gut ausgerüstete und nachhaltig verankerte Schulsozialarbeit und die Angebote in Behandlung und Therapie ergänzen sich. Sie tragen mittel- bis längerfristig zur Kostenreduktion in der Versorgungskette bei und kompensieren so den unmittelbaren Kostenzuwachs auf Seiten des Kantons bei Weitem. Zudem kann die zusätzliche Finanzierung von Seiten Kanton an Bedingungen zur Angebotserweiterung und zur qualitativen Entwicklung geknüpft werden.

→ Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Motion anzunehmen.

Motion 030-2023: Versorgungskrise in der Psychiatrie: Massnahmen gegen den Fachkräftemangel

Die Motionärin fordert die Rekrutierung und Ausbildung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, die Durchführung und Anerkennung von Psychiatriepraktika für Medizinstudierende in ambulanten ärztlichen psychiatrisch-psychotherapeutischen Praxen und ein Praxisassistentenprogramm für angehende Psychiaterinnen und Psychiater sowie die Gründung eines interprofessionellen Instituts für psychische Gesundheit.

Angesichts des deutlichen und sich weiter zuspitzenden Fachkräftemangels in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung aller Altersgruppen und des dringenden Handlungsbedarfs gilt es nun vorausschauend und verantwortungsvoll zu handeln und rasch möglichst die notwendigen Massnahmen entsprechend der Motion in die Wege zu leiten.

→ Wir empfehlen Ihnen deshalb, der Motion zuzustimmen.

Motion 031-2023: Psychiatrie entlasten: Bestehende Angebote optimieren und Früherkennung stärken

Die Motionärin fordert eine bessere Koordination und Bekanntmachung der bestehenden Angebote sowie Leistungserbringer in der Versorgungskette der psychischen Gesundheit. Zudem sind Rahmenbedingungen für eine effiziente Durchlässigkeit und Vernetzung zu schaffen. Mit den geforderten Massnahmen kann wesentlich zu einer Vermeidung von Behandlungsabbrüchen und von daraus entstehendem Leid mit entsprechenden Folgekosten beigetragen werden, ganz im Sinne der Strategie „ambulant vor stationär“ und mit der Möglichkeit, das Potenzial der interdisziplinären Zusammenarbeit besser auszuschöpfen.

→ Wir empfehlen Ihnen deshalb, der Motion zuzustimmen.

Motion 034-2023: Schulen entlasten: Psychische Gesundheit stärken!

Der Motionär fordert die verbindlichere Umsetzung des Themas «psychische Gesundheit» gemäss den Lehrplänen der obligatorischen Schulen sowie die Stärkung der Früherkennung und -intervention in Mittelschulen, Berufsfachschulen, Höheren Fachschulen, Hochschulen und Fachhochschulen.

Insbesondere können die in der Motion geforderten Massnahmen zur flächendeckenden und damit chancengerechteren Förderung der psychischen Gesundheit beitragen.

→ Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Motion anzunehmen.

Interpellation 008-2023: Welche Massnahmen gegen weibliche Genitalverstümmelung gibt es im Kanton Bern?

Die Interpellantin will unter anderem vom Regierungsrat wissen, welche Beratungs- und Versorgungsangebote von Genitalverstümmelung betroffenen Mädchen und Frauen im Kanton Bern zur Verfügung stehen? Zudem fragt sie, wie das Thema Genitalverstümmelung in die Weiterbildung von relevanten Fachpersonengruppen integriert ist, welche Präventionsarbeit zur Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung geleistet wird und ob es eine Triagestelle gibt?

Die Fragestellungen betreffen insbesondere das Recht auf den Schutz der körperlichen Unversehrtheit von Mädchen und jungen Frauen.

Wir danken Ihnen im Voraus, wenn Sie unsere Überlegungen bei der Meinungsbildung berücksichtigen. Bei Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen eine produktive Sommersession.

Freundliche Grüsse



Ueli Studer
Stiftungsratspräsident



Christian Ryser
Geschäftsführer